Nr. 272 Donnerstag, den 21. November 1918 13. Jahrgang

# Paderborner Anzeiger

## Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklamenteil 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 18 — Fernruf 218

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Postscheckkonto 14342 Amt Hannover

# Die polnische Gefahr. — Umsturz in der Ukraine.

## Mit- oder gegeneinander?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wer mit seinem Herzen auf der Seite der siegreichen Revolution steht, wer beruhigen und begütigen will, wenn alles noch nicht so geht wie es gehen soll, spricht von begreiflichem Übereifer der Männer, die die ungeheuerlichste Umwälzung der Weltgeschichte in wenigen Tagen vollbracht haben und nun natürlich glauben einmal: sie brauchten nur zu befehlen und anzuordnen, dann müsse auch alles nach ihrem Willen sich abwickeln und dann: sie allein wären die einzige Instanz, die fernerhin überhaupt noch etwas zu sagen hätte. Wer das Werk dieser Männer mit größerer Zurückhaltung beurteilt und sich ihnen zunächst nur zur Verfügung stellt, weil er einsieht, daß sie unbedingt unterstützt werden müssen, wenn wir nicht im Meere des Bolschewismus ertrinken sollen, der wird auch zur Ruhe und Besonnenheit mahnen, wo Reibungen auftreten, und wird selbst mit gutem Beispiel vorangehen, wo die Schattenseiten der neuen Zeit sich zunächst noch stärker hervordrängen, als die von ihren Bewunderern verheißenen Segnungen. Im Ziel sind wir uns ja im Augenblick alle einig: nicht rückwärts schauen jetzt, nicht klagen und trauern um Dinge, die unwiederbringlich verloren sind, sondern heilen und helfen, raten und taten, wo jeder von uns nur die Möglichkeit dazu findet, damit wir ohne weitere Katastrophen binnen kürzester Zeit wieder zu geordneten Zuständen kommen und neu aufbauen können, was der Sturmwind der Revolution in seinem alten Bestand für immer vernichtet hat.

Der Übereifer, den die einsichtigen Leiter der neuen Regierung selbst lebhaft bedauern, zeigt sich einmal in den Niederungen der Revolution, in den Massen der Arbeiter und Soldaten, die sich plötzlich in den Mittelpunkt der Ereignisse gestellt sahen und bei dem von ihnen erzwungenen Versagen des alten Apparats natürlich auch den instinktiven Drang empfinden, überall selbst Hand anzulegen, so gut oder so schlecht es eben im ersten Augenblick gehen will, nur damit die kommunale oder die staatliche Maschine, der bürgerliche oder militärische Mechanismus unseres Volkstums nicht zum Stillstand kommt. Da ergeben sich unvermeidliche Kollisionen, Ein- und Übergriffe, die Verwirrung bringen, und diese wird von allen Beteiligten um so schwerer empfunden, als wir jetzt gar nichts dringlicher brauchen als klares und sicheres Handeln. Die Arbeitsfreudigkeit der Männer, denen die Überleitung der Verhältnisse in die neue Zeit obliegt, muß aber natürlich leiden, wenn sie sich fortwährend mit Zuständigkeitsfragen herumzuschlagen haben, und das ständige Abwehren von Eingriffen, die für unberechtigt gehalten werden, muß Empfindlichkeiten wecken, die immer nur wieder mit vieler Mühe überwunden werden können. So hört man z. B., daß vielfach die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich einfach für alles und jedes für zuständig halten, ohne Unterschied, ob es sich um lokale oder provinzielle oder gar staatliche Angelegenheiten handelt, um Fragen der Gesetzgebung oder Verwaltung, der Exekutive oder Überwachung. Sie wollen befehlen, was ihnen richtig erscheint, sie wollen ihre Befehle ausführen und niemandem dafür Rechenschaft ablegen — also das genaue Gegenteil einer geordneten Demokratie, die in der Trennung der Gewalten ihre sicheren Grundlagen findet und vor allen Dingen das Volk mit der Kontrolle seiner Beauftragten betraut. Dazu kommen die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch den stürmischen Charakter unserer Demobilisierung bedingt sind und nur bei zentraler Regelung aller ungemein verwickelten Einzelfragen einigermaßen glatt und übersichtlich geordnet werden können. Von der ungeheuren Bedrohung einer geregelten Verpflegung gar nicht zu reden, wenn z. B., wie es auch bereits vorgekommen ist, einzelne Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Bezirke Ausfuhrverbote erlassen — ganz so wie es in den Zeiten des gestürzten Obrigkeitsstaates die Landräte hier und da auch getan haben.

Auch an der Spitze des neuen Volksstaates, in der Reichshauptstadt, herrscht alles andere eher als Ordnung und — Unterordnung der Gewalten. Der grobe Unfug mit den ASR, die sich irgendwie und irgendwo zusammentaten, um im Trüben auf Fischzüge auszugehen, hat allerdings so ziemlich aufgehört. Mehr und mehr kommt auch Sinn und Methode in den Aufbau der Behörden, das Zusammenwirken ihrer Organe. Aber bei der eigentlichen Reichsleitung klappt es noch nicht so, wie man es wünschen muß. Sie wird gebildet durch den Vollzugsrat, der aus Wahlen der Großberliner ASR hervorgegangen ist, und durch den Rat der Volksbeauftragten, den seinerseits wieder der Vollzugsrat eingesetzt hat. Zwischen diesen beiden Körperschaften ist es aber offenbar noch zu keiner endgültigen Abgrenzung ihrer Rechte gekommen. Wer hat zu befehlen, wer zu gehorchen? Sollen die Volksbeauftragten, also die Minister, sich auf Schritt und Tritt kontrollieren nicht nur, sondern beauftragen, anweisen, korrigieren lassen, sollen sie auf jeden eigenen politischen Willen verzichten, und in kleinen wie in großen Entscheidungen, namentlich aber in großen ohne selbständige Verantwortlichkeit lediglich an die Instruktionen des Vollzugsrates gebunden sein? Sollen sie z. B. in der Frage der Einberufung der Nationalversammlung, die schlechtweg für unsere ganze Zukunft entscheidend ist, ihre eigene Überzeugung ausschalten? Oder die Sozialisierung der Volkswirtschaft nach Maß und Tempo den stürmischen Wünschen anpassen, auch auf die Gefahr hin, daß Deutschland dadurch vollends zugrunde gerichtet wird? Man sieht: hier geht es um schicksalsschwere Entscheidungen. Alles hängt davon ab, wer in diesem Ringen siegen wird: die ruhige Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten eines immer noch großen Volkes oder die Parteileidenschaft, der es mehr um die Vernichtung des Bestehenden, als um den Aufbau einer neuen Staatsordnung zu tun ist. Hier, an der Spitze der Revolution, verbindet sich mit dem Übereifer einzelner Führer der Massendrang nach ganzer Arbeit, wie sie — in Rußland geleistet worden ist. Dieses Beispiel hat, so scheint es, immer noch nicht abschreckend genug gewirkt.

Ob das Sechsmännerkollegium stark genug sein wird, um sich mit den Befugnissen, die es braucht, gegen terroristische Kräfte jeder Art zu behaupten, kann heute noch niemand wissen. Daß wir auf unliebsame Überraschungen auch nach der Revolution gefaßt sein müssen, braucht heutzutage wohl nicht erst gesagt zu werden.

## Keine Besetzung von Helgoland.

### Tumulte in Belgien.

Wie amtlich versichert wird, ist mit einer Besetzung Helgolands durch die Feinde nicht mehr zu rechnen, da der Entente das etwaige Rechtsmittel dazu genommen worden ist. Die Waffenstillstandsbedingungen hatten die Besetzung von Helgoland für den Fall angedroht, daß die ausfahrenden deutschen Schiffe nicht bis zum 18. November vormittags in Bewegung sein sollten. Tatsächlich sind diese Schiffe in Bewegung.

**Im übrigen besteht zwischen den eigentlichen Waffenstillstandsbedingungen und den Zusatzbedingungen ein bemerkenswerter Widerspruch. Nach den Abmachungen sollten die Schiffe „interniert" werden und zwar in abgerüstetem Zustande.**

In den Zusatzbestimmungen heißt der Ausdruck „übergeben" und es wurde gefordert, daß die Übergabe in voller Ausrüstung erfolgen sollte. Für uns gelten selbstverständlich nur die Waffenstillstandsbedingungen und wir haben die Schiffe in abgerüstetem Zustand in Kurs gesetzt.

### Kämpfe zwischen deutschen Truppen.

Über die Vorgänge in Belgien wird noch gemeldet, daß die Etappen-Truppen sich anscheinend in völliger Auflösung aus Belgien zurückgezogen haben. Die rebellierenden Truppen haben zum Teil ihre Gewehre für 50 Pfennige, Handgranaten für 30 Pfennige verkauft. Automobile waren für 100 Mark zu haben. Die Kämpfe, die stattgefunden haben, haben sich keineswegs nur zwischen den deutschen Truppen und der belgischen Bevölkerung, sondern zum Teil auch zwischen den deutschen Soldaten unter sich abgespielt. Inzwischen ist in Brüssel belgische Kavallerie eingetroffen.

## Deutschlands Gesamtverluste

### Mehr als 1½ Millionen Tote.

Berlin, 19. November.

**Auf Grund zuverlässiger Unterlagen wird hier mitgeteilt: Die Gesamtverluste Deutschlands betragen 1 580 000 Tote. Als vermißt werden 260 000 angemeldet, davon ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet worden sind 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.**

Andere Zahlen gab ein Mitglied des ASR in Danzig. Danach seien über 2 Millionen Mann gefallen oder ihren Verwundungen erlegen, darunter 60 000 Offiziere. Für mindestens 5 Millionen Soldaten müßte der Staat Kriegsbeschädigtenrente zahlen. Auch unter der Zivilbevölkerung habe der Krieg furchtbare Opfer gefordert. Es sei nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß etwa 600 000 Personen an Hunger oder Unterernährung gestorben sind.

## Fehrenbach gegen Ebert.

### Protest gegen die Abschaffung des Reichstages.

Berlin, 19. November.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat der Reichsleitung nach Besprechung mit Parteiführern und dem Mitgliede der Reichsregierung Ebert folgende Erklärung zugehen lassen:

„Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich, zurzeit von der Einberufung des Reichstages abzusehen. Ich behalte mir dieses jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstags als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen."

Zur Vorgeschichte dieses Protestes erklärt Fehrenbach: „In der am Sonntag den 10. November 1918 zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichskanzlerpalais stattgehabten Sitzung, an welcher außer sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Herr Vizepräsident Dove und ich teilnahmen, habe ich die Frage aufgeworfen, ob etwa, wie verlaute, die Auflösung des Reichstages geplant sei, und ob vernehmendenfalls die für den nächsten Mittwoch angesetzte Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichskanzler Herr Ebert, daß über eine etwaige Auflösung des Reichstages noch kein Beschluß gefaßt sei, daß aber jedenfalls die angesagte Sitzung nicht abgehalten werden könne. Dagegen konnte ich nach Sachlage eine Einwendung nicht machen. Am 14. November habe ich sodann telegraphisch angefragt, ob gegen eine auf die nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben eventuell dagegen Maßnahmen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Beseitigung des deutschen Kaisertums und des Bundesrats als gesetzgebende Körperschaft auch der Reichstag nicht mehr zusammentreten könne. Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zutreffend anzuerkennen."

Das Zentrum, die Partei Fehrenbachs, protestiert auch gegen die Abschaffung des preußischen Herren- und Abgeordnetenhauses.

## Mitteilungen des Paderborner Arbeiter- und Soldaten-Rates.

### Bekanntmachung.

Die Jahrgänge 98 und 99 dürfen nicht entlassen werden. Sämtliche Militärpersonen dieser Jahrgänge haben sofort zu ihren Ersatz-Truppenteilen zurückzukehren.

1. Jedem am 9. 11. 18 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausgeschiedenen Unteroffizier und Mann soll verabfolgt werden:
   a) Unentgeltlich ein Entlassungsanzug, soweit wie möglich Zivil, sonst Uniform.
   b) Ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark.
   c) Als Marschgeld, soweit Marschgebührnisse zuständig sind, ein Pauschbetrag von 15 Mark.
2. Verabfolgung von 1 b wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung. Dazu gehört:
   a) Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition.
   b) Empfangnahme von Entlassungspapieren.
   c) Anerkennung der Stammrolle.

**Kriegsministerium.** **Unterstaatssekretär.**
gez. Goehre.

**General-S.-Rat im Bezirk des 7. A.-K.**
gez. Gerlings

**Für das stellv. Generalk.**
gez. Menz
Major

**Bezirkssoldatenrat Paderborn**
gez. Schäfer.

### Bekanntmachung.

Das Verbot vom 9. November 1918 des Arbeiter- und Soldaten-Rates Paderborn, daß Zivilpersonen nach 11 Uhr die Straßen nur mit Ausweis betreten dürfen, wird hiermit aufgehoben.

**Bezirks-Arbeiter- u. Soldatenrat** gez. Schäfer. **Der Stadtkommandant** gez. Rzychon.

## Kommt die Nationalversammlung?

### Noch keine Entscheidung.

Die kaum durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 aufgelegt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden, wird bereits wieder amtlich durch WTB. als unrichtig bezeichnet. Das amtliche Bureau meldet:

**Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Daß die Vorbereitungen für die Konstituante sobald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.**

In den Blättern der unabhängigen Sozialdemokraten wie der ganz links stehenden, bolschewistische und kommunistische Tendenzen predigenden Spartakusgruppe, der Freiheit und der Roten Fahne, zeigt sich schlecht verhehlte Abneigung oder offene leidenschaftliche Bekämpfung des Planes zu einer Nationalversammlung. Demgegenüber erläßt der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands, also der sogenannten alten oder Mehrheitssozialdemokratie, bereits einen

### Aufruf zum Wahlkampf.

In diesem heißt es u. a.: „Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Bahnen drängen

wollen, die unseren demokratischen Grundsätzen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor. Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Eine äußerst rege Agitations- und Werbearbeit muß einsetzen! Zu dieser fordern wir unsere Anhänger hierdurch auf.

Ein der unabhängigen Sozialdemokratie angehörendes Mitglied der Regierung erklärte einem Mitarbeiter des „Tag", die Regierung habe endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Er halte es für ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten — von anderen Gründen abgesehen, schon aus rein technischen Ursachen. Die Auflösung des Heeres, die Stillegung der ungeheuren Kriegsindustrie würden noch längere Zeit andauernde Binnenwanderungen hervorrufen, und man könne nicht Wählerlisten anlegen, solange ein so großer Teil des Volkes noch nicht wieder feste Wohnsitze eingenommen habe. Dazu komme weiter, daß man ja den künftigen Umfang des Reichsgebietes noch gar nicht kenne, weder die möglichen Verkleinerungen des alten Reichsgebiets, noch der Umfang des sich dem Reiche angliedernden Deutsch-Österreich. Aus allen diesen Gründen glaubt der Volksbeauftragte, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, als man vielfach annehme.

Diese wichtigste Frage unserer innerpolitischen Entwicklung, die für weite Zukunft hin von grundlegender Bedeutung ist, scheint also noch sehr in der Schwebe zu sein und vorläufig bleiben zu sollen. Es kommen im ganzen ca. 40 Millionen Wähler in Betracht.

*

**Berlin**, 19. November.

Die Berliner Arbeiterräte versammelten sich im Zirkus Busch, um über die gegenwärtige Lage, über die bisherigen Leistungen der Regierung und die zukünftigen Zuständigkeitsverhältnisse zu verhandeln. Es kam zu gründlichen, teilweise stürmischen Auseinandersetzungen.

*

### Milderung der Blockade nach dem Vorfrieden.

**Basel**, 19. Nov. Nach der „Times" erklärte Staatssekretär Lansing im Senat, eine Milderung der Blockade gegen Deutschland werde erfolgen, wenn die Unterzeichnung des Vorfriedens erfolgt sei.

### Entwaffnung regellos zurückkehrender Soldaten.

**Düsseldorf**, 19. Nov. Im Bezirk des 7. Armeekorps verfügte der ASR, daß sämtliche Rheinbrücken und Rheinfähren mit Truppen besetzt werden sollen, um die nicht in ihren Verbänden gebliebenen Soldaten in Empfang zu nehmen und zu entwaffnen.

### Londons Presse für Lebensmittelzufuhr nach Deutschland.

**Haag**, 19. Nov. Die maßgebenden Londoner Blätter fordern die teilweise Aufhebung der Blockade gegen Deutschland und die Einführung von Lebensmitteln, um die drohende Anarchie zu verhindern.

### Wilsons Reise nach Europa.

**Washington**, 19. Nov. Aus dem Staatsdepartement wird mitgeteilt, daß Präsident Wilson sofort nach Eröffnung des Kongresses nach Frankreich zu reisen beabsichtigt, um an den Beratungen über die hauptsächlichsten Punkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Der ganzen Konferenz wird er nicht beiwohnen. Begleitet wird er von den amerikanischen Friedensdelegierten.

### Dauernde Ententekontrolle über Dardanellen und Bosporus.

**Haag**, 19. Nov. Lord Cecil sagte im Unterhause, die Entente gedenke die dauernde Kontrolle über die Dardanellen und den Bosporus zu behalten.

### Amerikanischer Lebensmitteltransport nach Europa.

**Haag**, 19. Nov. Der amerikanische Präsident meldet aus Washington, das amerikanische Kriegsdepartement verfügte, daß eine größere Anzahl Kriegsschiffe für den Lebensmitteltransport nach Europa zur Verfügung gestellt werde.

### Frieden nur mit ordnungsgemäß gebildeter Regierung.

**Genf**, 19. Nov. „Corriere della Sera" meldet aus Paris, die Ententeregierungen seien sich noch nicht einig über Zeit und Form der Friedensverhandlungen. Auf alle Fälle solle der Frieden nur mit einer ordnungsmäßig gebildeten Regierung in Deutschland abgeschlossen werden.

### Wilsonsche Grundsätze auch für Nord-Schleswig.

**Kopenhagen**, 19. Nov. In einer Versammlung zu Apenrade erklärte der dänische Reichstagsabgeordnete Hanssen, Staatssekretär Dr. Solf habe ihm geschrieben, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, auch die nordschleswigsche Frage müsse in Übereinstimmung mit den Wilsonschen Grundsätzen gelöst werden.

### Clemenceau gegen den Bolschewismus.

**Genf**, 19. Nov. Im Kammerausschuß für Auswärtiges führte Clemenceau aus, die Alliierten seien gewillt, in Rußland Ordnung zu schaffen. Dabei sagte er, unter dem bolschewistischen Regiment seien 30000 bürgerliche Personen ohne gerichtliche Verhandlung und Urteilsspruch erschossen worden.

## Die Gefahr im Osten.

**Posen**, 19. November.

Die Bestrebungen der Polen auf Loslösung der Provinz Posen vom Deutschen Reiche treten immer offenkundiger in die Erscheinung. Da sie auf dem Verhandlungswege keine große Aussicht haben, so versuchen die Polen es jetzt einfach mit Gewalt. Daß die Stadt

**Posen in Händen der Polen**

ist, daran kann nicht mehr gezweifelt werden; ebenso geht es mit einer ganzen Reihe der kleineren Provinzstädte, darunter Obornik, Schokken, Neustadt, Wongrowitz, Murowana Goslin usw. Das Verfahren der Polen ist sehr einfach: Es werden ASR gewählt und diese, die zumeist aus Polen zusammengesetzt sind, setzen dann die Beamten ab. Die Radiostation des Posener Kernwerks befindet sich in den Händen polnischer Truppen. Diese erhalten doppelte Löhnung. Die wenigen deutschen Truppen, die hier nach der Umwälzung noch verblieben waren, verlassen nun auch die Stadt Posen. So hat eine Pionierabteilung von 100 Mann, die hier den Wachtdienst mitübernommen hatte, die Stadt verlassen, nachdem ein Mann auf Patrouille von einem Einbrecher erschossen worden war.

### Das schutzlose Deutschtum

weiß nicht mehr ein und aus. Die Verfügung des neuen preußischen Ministers des Innern, nach der sämtliche Beamte auf ihren Posten bleiben sollen, wird von den Polen überhaupt nicht beachtet. In Jarotschin begann nach Abzug des deutschen Militärs ein Rauben und Plündern in den Kasernen, die Kammern wurden ausgeraubt, Gewehre und Munition gestohlen und geraubt. Käufer sind meistens die Polen, die Waffen bei der Hand haben wollten, wenn alles drunter und drüber geht.

*

### Deutschenverfolgung in Warschau.

Aus der Republik Polen und ihrer Hauptstadt Warschau kommen auch fortgesetzt beunruhigende Nachrichten, die sich allerdings bis auf ihre Einzelheiten hin nicht kontrollieren lassen. Wiederholt sind deutsche Beamte und Soldaten einfach niedergeknallt worden. Die ganze deutsche Besatzung in Warschau, wie verlautet 17 000 Mann, ist von den polnischen Legionären entwaffnet worden, wobei den Polen natürlich zahlreiche Beute in die Hände fiel. So werden genannt 1900 Pferde, 1500 Lokomotiven, über 100 000 Waggons, Proviant, Waffen, Uniformen, Munition usw. für Hunderte von Millionen Mark. Namentlich der Verlust des rollenden Eisenbahnmaterials dürfte sich für die Ernährung Deutschlands sehr unangenehm fühlbar machen.

### Auch die Knute regiert wieder

in Polen und Mißhandlungen von Frauen und Mädchen scheinen ein beliebter Sport zu sein. So berichtet ein Augenzeuge: „Eine Szene, die ihresgleichen wohl noch nie gehabt hat, spielte sich am 13. November auf dem Kalischer Bahnhof in Lodz ab. Der Bahnhof ist wie alles andere von bewaffneten polnischen Zivilisten besetzt. Zwei Mädchen wollen den ausfahrenden Zug erreichen. Ein brutaler Räuberhauptmann in der Uniform eines Lodzer Straßenbahnbeamten schlägt auf diese Mädchen mit einer vielfach geflochtenen Knute ein, schlägt die eine von ihnen zu Boden und setzt ihr den Revolver auf die Brust. Es gelingt den beiden schließlich, unter Zurücklassung des Handgepäcks, ihrer letzten Habe, zu flüchten." Jeder Deutsche, der aus Polen abfährt, darf nur höchstens 1000 Mark bei sich haben. Alles andere wird ihm abgenommen. Ebenso beraubt man ihn grundsätzlich seines Gepäcks.

## Hetman Skoropadski gestürzt.

### Die Abwendung der Ukraine von Deutschland?

Vor einigen Tagen erst wurde aus Kiew gemeldet, die deutschen Truppen würden so lange in der Ukraine bleiben, bis die Regierung des Hetmans ein eigenes Heer zur Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Ordnung gebildet hätte. Der schnelle Flutz der Ereignisse in allen vom Krieg betroffenen Ländern scheint nun auch in dem von Groß-Rußland abgesprengten kleinrussischen Volksstaat wieder eine Änderung herbeigeführt zu haben.

**Mit großer Bestimmtheit wird in Berlin die Nachricht verbreitet, daß der Hetman der Ukraine, Skoropadski, gestürzt sei. Über seinen Nachfolger oder die ihn ersetzende Regierung ist noch nichts bekannt, doch nimmt man an, daß der Wechsel jedenfalls eine Abwendung der Ukraine von Deutschland und einen näheren Anschluß an die Entente bedeuten würde.**

Starke bolschewistische Kräfte, die von Moskau und Petersburg ausstrahlen, waren schon vor dem durch die Deutschen geschützten Amtsantritt des Hetmans am Werke, um auch dieses Land in den Strudel des großrussischen Chaos zu ziehen. Anderseits waren Hinneigungen der verschiedenen einflußreichen Kosakenstämme zur Anbiederung an die Westmächte nicht zu verkennen und die kürzlich gemeldete Besetzung des Hafens von Odessa durch englische Flotteneinheiten dürfte in dieser Beziehung nicht ohne Wirkung geblieben sein. Die Idee, die Ukraine zum Aufmarschgebiet gegen die Kräfte des Bolschewismus zu machen, ist mehrfach erwogen worden, ja, im Hintergrunde tauchte die Wiedervereinigung des in seine Bestandteile zersprungenen Rußlands der Vorkriegszeit mit Kiew als Machtbasis auf, ein Rußland, das vom Bolschewismus gereinigt ist.

### Lemberg und Boryslaw von den Ukrainern genommen.

Im übrigen geht auch der Kampf zwischen polnischen und ukrainischen Ansprüchen weiter. In Kolomea, das von Ukrainern besetzt ist, wurde anscheinend von polnischen Freischärlern das Steueramt geplündert und 600 000 Kronen geraubt. In und um Lemberg balgen sich Ukrainer und Polen andauernd. Der galizisch-ukrainische Bevollmächtigte Wassilko teilte der „Neuen Freien Presse" in Wien mit, daß Lemberg seit Sonntag und Boryslaw seit Freitag im unbestrittenen Besitz der Ukrainer sind. Die polnischen Truppen in den beiden Städten wurden nach großen Verlusten gefangen genommen.

### Der Umsturz in Kiew.

**Stockholm**, 19. Nov. „Socialdemokraten" meldet aus Kiew: Die Stadt Kiew wurde von der ententefreundlichen Astrachaner Freiwilligenarmee eingenommen. Der ukrainische Nationalverband, der alle ukrainischen demokratischen, bürgerliche sowohl wie sozialistische, Vereine umfaßt und der zum Kongreß nach Kiew auf den 17. November einberufen war, ist nach Belaja Serkog geflohen. Dort setzte er ein Direktorium ein, das als Volksregierung der Ukraine bezeichnet wird. Skoropadski soll noch nicht gestürzt sein, sondern mit der Gegenregierung um die Macht kämpfen.

### Sowjetfeindliche Bewegung in Rußland.

**Haag**, 19. Nov. Das holländische Nieuws-Bureau meldet aus Paris: Sämtliche Behörden in Sibirien und im europäischen Rußland, soweit sie nicht mit der Bolschewikiregierung verknüpft sind, haben sich der vorläufigen Regierung von ganz Rußland unter Führung von Awksentiew angeschlossen. General Denikin wurde von der Entente zum Oberbefehlshaber aller russischen Truppen ernannt, die nicht unter der Sowjetgewalt stehen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

+ Über das Schicksal Elsaß-Lothringens ist immer noch nichts befunden worden. Die neue deutsche Regierung vertritt mit allem Nachdruck die Ansicht, daß die Reichslande selbst über ihre Zukunft entscheiden sollen. Aus diesem Gesichtswinkel heraus haben Ebert und Haase folgendes Telegramm an den Straßburger Soldatenrat im Namen der Regierung gerichtet: „Die Besetzung Elsaß-Lothringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elsaß-lothringischen Frage nach den völkerrechtlichen Grundsätzen der Selbstbestimmung der Völker."

---

# Der Traum in Feindesland

Roman von Justus Schoenthal.

(Nachdruck verboten.)

48. Fortsetzung.

„Exzellenz irren sich ganz bedeutend in der Person. Wofür halten Sie mich denn?"

„Je, nun, für einen schneidigen Offizier, der seinem Vaterlande gedient und genützt, aber jetzt sein Leben doppelt und dreifach verwirkt hat und daher trachten muß, es auf anständige Weise, wenn auch vielleicht unter veränderten Bedingungen, zu retten."

„Schön, verhelfen Sie mir zur Flucht; dann werden Sie nie mehr von mir hören, und ich bin für England tot."

„Ich habe Ihnen bereits erklärt, daß mir das ein zu unsicheres Geschäft wäre: Sie sollen nicht für England, sondern für Deutschland tot sein oder noch besser. . . . Sehen Sie, ich bin felsenfest entschlossen, den deutschen Offizier in Ihnen zu töten; das ist für mich condicio sine qua non; unter andern Umständen ist das Geschäft für mich überhaupt nicht zu machen, und ich bitte Sie wiederholt, die Angelegenheit rein geschäftsmäßig zu betrachten; da kommen wir am raschesten zum Ziele . . . Wie denken Sie beispielsweise darüber: Sie sterben als Deutscher und treten als Mister Longford in unsere Dienste? Aber diesmal ehrlich. Sie brauchen bloß, wie bisher, Briefe nach Rotterdam zu schreiben; aber den Wortlaut der Briefe werde ich bestimmen. Ich sichere Ihnen die doppelte Summe, ja meinethalben eine lebenslängliche Rente von 25 000 Pfund. Bedenken Sie, das wäre nach Ihrem Gelde ein Jahreseinkommen von über einer halben Million Mark!"

Der Hauptmann sprang abermals hoch.

„Das ist — —" Aber er beherrschte sich und quälte sich, mühsam lächelnd, die Worte heraus: „Das letzte Angebot muß ich entschieden ablehnen. Aber ich will versuchen, über die 100 000 Pfund Schweigegeld — so habe ich wohl recht verstanden — nachzudenken und bitte um eine Frist von — sagen wir drei Tagen."

Der Herr des britischen Kriegsamts preßte die Lippen zusammen.

„Versuchen Sie beileibe nicht, zu entfliehen? Vollkommen unmöglich! Ich lasse ständig Ihr Haus überwachen. Lebend kämen Sie nicht heraus! Und bedenken Sie eines: Wenn Sie ablehnen, kann ich Ihnen das Leben nicht erhalten."

Longfords Haltung straffte sich aufs neue.

„Ich glaube noch immer, daß Eurer Exzellenz weniger mit meinem Tode als mit der Vermeidung eines Skandals gedient ist."

„Wissen Sie es so bestimmt, daß es einen öffentlichen Aufruhr geben wird?" fragte der Minister mit geklinstelten Gleichmut.

„Ganz bestimmt!" — Er schloß seine Briefmappe auf und wies auf das zusammengerollte Kopierbuch.

„Und glauben Sie im Ernste, mich mit Papier schrecken zu können, das Sie in Ihrem Schreibtisch verschlossen halten und das mir durch die erste Haussuchung in die Hände gespielt werden könnte?"

Longford lachte.

„Seien Sie unbesorgt. Die Urschrift liegt wohlverwahrt an einem sicheren Orte und" — fügte er in übermütigem Tone hinzu — „bei jemand, der davon Gebrauch zu machen wissen wird, wenn die Stunde kommt. Wie gesagt, Exzellenz, mein Leben steht vorläufig in Ihrer Hand; aber ich weiß meinen Kopf sicherer denn je zuvor auf meinen Schultern sitzen."

Der Minister erhob sich.

„Ich will Ihnen diese Überzeugung nicht rauben." Es klang sehr überlegen, wie er das sagte. „Leben Sie wohl!"

Eine steife Verbeugung, und er schritt zur Tür. Dort wendete er sich nochmals um und drohte streng mit dem Finger. „Sie werden das Haus nicht verlassen, wohl gemerkt! Schützen Sie einstweilen Krankheit vor!"

Im nächsten Augenblick war Longford allein. Er lächelte fein und setzte gemächlich seine Stummelpfeife in Brand. Dann lehnte er sich mit Behagen in den Großvaterstuhl und zog das Kärtchen hervor, das ihm die Morgenpost gebracht. Er überlas die unverfänglichen Zeilen noch einmal:

„Für Ihre bisherigen wertvollen Bemühungen in der Nachlaßsache meines Onkels danke ich Ihnen bestens. Am Donnerstag oder Freitag abend wird Mynheer van S. in dringenden Geschäften nach London kommen; ich habe ihm Ihre Wohnung angegeben und persönliche Grüße für Sie aufgetragen. Sie werden ihn also wahrscheinlich in den nächsten Tagen sehen.

Mit den herzlichsten Grüßen von uns allen

Ihre dankbare Ilse Droop."

Er lächelte zufrieden in sich hinein.

„Mynheer van S. . . .!" flüsterten seine Lippen „wrynheer van S. . . .! Also so eine Art fliegender Holländer!" und er summte die Melodie des Spinnerliedchens aus dem Fliegenden Holländer vor sich hin:

„Summ und brumm, du gutes Rädchen,
Munter, munter dreh' dich um . . ."

### 14. Kapitel.

### Entsiegelte Geheimnisse.

Der Minister aber fuhr in tiefem Sinnen zum Kriegsamt zurück.

Er war nicht klüger denn zuvor. Nur eines wußte er. Dieser Longford oder wie er heißen mochte, durfte nicht leben bleiben. Sein Leben bildete eine stete Gefahr für das Bestehen des Reiches.

Wenn nur . . . wenn nur der gefürchtete Skandal nicht wäre! Der Skandal war schlimmer als der Tod dieses Menschen.

Ob man ihn nicht vielleicht doch entfliehen lassen sollte?

Aber würde er drüben in Deutschland reinen Mund halten? Würden nicht die Zeitungen sich um jede Silbe aus seinem Munde katzbalgen? War er stark genug, die persönliche Eitelkeit zu bekämpfen? Nein, gewiß nicht! Er würde sein Ehrenwort geben, zu schweigen, und würde es brechen, brechen müssen. Denn er war jung und hatte gerechten Anspruch auf die öffentliche Anerkennung, zumal er ganz England übertölpelt hatte. Aber was wußte er von diesen Deutschen? Sie waren ja aus anderem Holze geschnitzt. Ihre Lebensanschauung war anders, der ganze Denkvorgang vollzog sich anders bei ihnen. Ob sie besser waren? — Besser? Warum nicht gar? Sie waren nicht besser und nicht schlechter. Nur anders! Sie vernachlässigten die kleinen und nächstliegenden Ziele und handelten nur unter der Hypnose des letzten und höchsten Zieles. Schlafwandler waren sie, große Kinder, die in ihrer Unbekümmertheit ohne Klügeln und Wägen und Zaudern das Rechte trafen. Leute, die arbeiteten um des Werkes willen und aus Freude an der Arbeit, nicht um sich hinterher eine Rente zu kaufen oder andere für sich arbeiten zu lassen. Sie waren unberechenbar.

Und doch und trotzdem! Dies Land mußte vom Erdboden verschwinden! Mußte! . . . das heißt, wenn erst die Möglichkeit des Skandals beseitigt war.

(Fortsetzung folgt.)

✣ Das Blatt der unabhängigen Sozialdemokratie, die Freiheit, schreibt, die sozialistische Regierung sei entschlossen, **die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbedingungen für die Vergesellschaftung gegeben sind, sofort in Angriff zu nehmen. Es werde unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung vorschlagen wird.**

✣ **In Schleswig-Holstein sind Gerüchte über Verhandlungen mit Dänemark über die Abtretung eines Teiles von Nordschleswig in Umlauf.** Angeblich sollte ein Gebiet, das sich bis zur Linie Tondern nördlich Schleswig erstreckt, bereits abgetreten sein. Ob solche Verhandlungen überhaupt stattgefunden haben, ist nicht festgestellt. Von einem Abschluß irgendwelcher Verhandlungen oder Abtretungsabsichten kann aber bestimmt nicht die Rede sein.

✣ Wie die Germania hört, gedenkt die jetzige Leitung des preußischen Kultusministeriums (für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung) die **Trennung von Kirche und Staat** dadurch zu beginnen, daß sie vom 1. April 1919 die Zahlung der Kultusgelder einstellt. Auch soll das Besitztum der Klöster von Staats wegen eingezogen werden. Die Kölnische Volkszeitung bemerkt dazu, ein solcher Schlag gegen Katholiken und Protestanten würde im ganzen Land neben maßloser Verblüffung stärksten Widerspruch hervorrufen.

✣ **Von einem Durchmarsch polnischer Truppen durch Deutschland** meldet der polnische Militärattaché in Wien. Dort ist nämlich die zuverlässige Nachricht eingegangen, daß die 106. österreichische Landsturmdivision, bestehend aus den Landsturminfanterieregimentern 31, 32, 16, ferner einigen polnischen Batterien, am 5. November von der Front zurückgezogen und der Nationalität nach in Gruppen eingeteilt worden sei. Die stärkste sei die polnische Gruppe, welche sich im Marsche durch Elsaß nach Saarbrücken und Frankfurt befindet. Dieser Mannschaft wurde die Verpflegung nur bis zum 15. verausgabt. Nunmehr ist sie ihrem Schicksal überlassen, da der fremdsprachigen Truppe deutscherseits keine Eisenbahnbeförderung zugestanden worden ist, die Zivilbevölkerung aber die Einquartierung verweigert. Ohne Nahrungsmittel, Wäsche usw., von Krankheiten heimgesucht, marschieren die Polen ohne Rast, um irgendwo Obdach und Schutz zu finden.

## Aus In- und Ausland.

**Berlin, 19. Nov.** Die amtliche Bezeichnung des bisherigen Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten lautet fortan: „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung".

**Berlin, 19. Nov.** Die preußische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Gemeindevertreter, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter amtieren. Eine Änderung des Wahlgesetzes für die Gemeindevertretungen ist in Vorbereitung.

**Berlin, 19. Nov.** Im hiesigen kaiserlichen Schloß wurden außerordentliche große Lebensmittelvorräte zum Privatgebrauch der kaiserlichen Familie gefunden.

**Berlin, 19. Nov.** Die Ernennung des Grafen Keßler zum deutschen Gesandten in Warschau ist erfolgt und dieser bereits nach dorthin abgefahren.

**Warschau, 19. Nov.** Der Legionsführer Pilsudsky wurde mit unbeschränkter diktatorischer Gewalt ausgestattet.

**Wien, 19. Nov.** Nach einer Meldung aus Warschau richtete Pilsudsky an Marschall Foch einen Funkspruch, in dem er als Oberkommandant der polnischen Armee ersucht, die polnischen Truppen, die einen Bestandteil der französischen Armee bilden, sofort nach Polen zurückzusenden.

**Genf, 19. Nov.** An der Friedenskonferenz werden, wie aus Paris gemeldet wird, sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligen.

**Speyer, 19. Nov.** Die Räumung der Rheinpfalz wird sich in drei Abschnitten vollziehen, für die verschiedene Zeitpunkte festgesetzt sind. Bis zum 9. Dezember mittags wird die Freimachung des gesamten linken Rheinufers erfolgen.

**Madrid, 19. Nov.** Nach Meldungen aus Portugal ist dort ein Generalstreik ausgebrochen.

**Haag, 19. Nov.** Die Lebensmittelversorgung Hollands ist für die nächsten sechs Monate gesichert.

## Lokaler Teil.

**Merkblatt für den 22. November.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Sonnenaufgang | $7^{55}$ | Monduntergang | $11^{15}$ V |
| Sonnenuntergang | $3^{07}$ | Mondaufgang | $8^{29}$ N |

1780 Komponist Konradin Kreutzer geb. — 1867 Erste Generalquartiermeister Wilhelm Groener geb. — 1902 Großindustrieller Friedrich Alfred Krupp gest.

## Bauernräte für den Kreis Paderborn.

Die auf den 18. November 1918 im Hotel zur Post einberufene Vorbesprechung der Wirtschaftsausschüsse zwecks Gründung von Bauernräten, zu der auch zwei Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrats erschienen waren, wurde vom 1. Vorsitzenden, Landrat von Laer, eröffnet.

Aus der Versammlung heraus wurde nach einleitenden Vorschlägen folgendes festgelegt.

**a) Gesamtorganisation des Kreises.**

Die Gesamtorganisation besteht: 1. aus dem Gemeinde-Bauernrat,

2. aus dem alle Bauernräte umfassenden Kreisbauernrat.

Der einzelne Bauernrat soll je nach Größe der Gemeinde aus 5—11 Mitgliedern bestehen und zwar derart, daß etwa zwei Großbauern, zwei Kleinbauern, zwei Tagelöhner oder Arbeiter, ein Handwerker und ein Gewerbetreibender dem Bauernrat angehören. Jeder einzelne Bauernrat kann den einzelnen Verhältnissen entsprechend bis sechs Mitglieder zuwählen. Es ist erwünscht, daß dann auch der Geistliche, der Lehrer und Frauen hinzugezogen werden. Die Wahl des eigentlichen Bauernrates soll möglichst umgehend ausgeführt werden und zwar in der Art, daß alle Haushaltungsvorstände zu einer Versammlung einberufen werden und auf dieser sollen die Bauernräte gewählt werden. Im allgemeinen kann die Wahl auf Vorschlag und durch Abstimmung erfolgen; erhebt sich Widerspruch, so muß durch Stimmzettel abgestimmt werden. Die Gewählten selbst wählen dann ihren eigenen Vorstand, der sich zweckmäßig aus einem Vorsitzenden, Stellvertreter und einem Schriftführer zusammensetzt. Der Vorstand führt die Geschäfte, beruft und leitet jede Sitzung. Vom Vorsitzenden muß innerhalb zwei Tagen eine Sitzung einberufen werden, wenn ¼ der Mitglieder des Bauernrates eine solche schriftlich verlangt.

Zusammengefaßt sind die Gemeindebauernräte im Kreisbauernrat, der seinen Sitz in Paderborn als Zentralstelle hat. Der Kreisbauernrat besteht aus je zwei Delegierten der vier Aemter und je einem Delegierten der drei großen gemischten Gemeinden Paderborn, Neuhaus, Lippspringe. Die Delegierten werden von dem gemeinsamen Zentralbauernrat demnächst gewählt, mit Ausnahme der drei einzelnen Delegierten aus Paderborn, Neuhaus und Lippspringe, die vom Soldaten- und Arbeiterrat der drei Gemeinden ernannt werden. Bis zu dieser Wahl übernimmt der engere Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreisvereins die Führung der Geschäfte.

Die Organisation besteht bis auf weiteres.

**b) Zweck und Ziele.**

1. Erfassung und schnellmöglichste Ablieferung aller entbehrlichen Nahrungsmittel. Verbrauch und Ablieferung bleiben genau geregelt wie bisher.

2. Rücksichtslose Bekämpfung des Schleichhandels und der Hamsterei.

3. Sicherung der restlosen Bestellung, eventuell der Ernte. Geordnete Bearbeitung der Ländereien zum Winter. Freiwillige Hilfeleistung wo immer es not tut, eventuell auf Anordnung des Bauernrats.

4. Ablieferung aller überflüssigen Bargeldvorräte an die öffentlichen Kassen und zwar umgehend.

5. Aufnahme aller zurückkehrenden früheren Arbeitskräfte und freiwillige Einstellung passender Arbeitskräfte auch darüber hinaus, muß eine Ehrenpflicht für jeden Landwirt sein, damit keiner im Vaterlande ohne Arbeit, Verdienst und Brot ist.

6. Die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ist unbedingte Notwendigkeit. Die Person und das Eigentum des Einzelnen wie das der Gesamtheit muß heilig sein und daher durch den Bauernrat voll und ganz geschützt werden. Die bestehenden Behörden bleiben daneben in ihrer vollen bisherigen Tätigkeit. Alle irgendwie erforderlichen Eingriffe sind nur mit Gnehmigung des Kreisbauernrates und der bisher bestehenden Behörden erlaubt. Ausgenommen sind direkte Notstandshandlungen.

7. Den Anweisungen des Kreisbauernrates ist unbedingt Folge zu leisten. Delegierte zu den Kreisbauernrats-Sitzungen sind nach erfolgter Einladung jedesmal zu entsenden.

Etwa entstehende Barauslagen sind aus der Gemeindekasse zu zahlen. Den Arbeitermitgliedern des Bauernrates darf durch ihre Tätigkeit kein Lohnabzug gemacht werden, die erforderliche Zeit zur Ausübung ihrer Pflichten muß ihnen jederzeit bewilligt werden.

Der Bauernrat hat es sich zur vornehmsten Aufgabe gestellt, alle die vorgenannten Arbeiten Hand in Hand mit den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten des Kreises Paderborn zur Durchführung zu bringen.

Damit nun die Aufgaben des Bauernrates nicht falsch verstanden werden, wird darauf hingewiesen, daß zwar der einzelne Bauernrat keine behördliche Instanz ist, die ohne weiteres Verfügungen, Gesetze erlassen oder aufheben kann, daß andererseits der Bauernrat auch nicht nur ein rein dekoratives Stück darstellt, sondern der Bauernrat kann immer mit Erfolg sich an den Kreisbauernrat und dieser an die weitere maßgebende Instanz wenden, sobald durch freiwillige Maßnahmen die notwendigen und erforderlichen Dinge nicht erreicht werden können, oder mit anderen Worten, der Bauernrat hat durch die weiteren Zentralinstanzen weitgehendste Vollmachten, um auch zwangsweise das zu erreichen, was freiwillig nicht erreicht werden kann; solange aber irgendwie der freiwillige Weg gangbar ist, wird im Interesse der ganzen Bevölkerung der Bauernrat nach wie vor versuchen, zuerst diesen Weg zu gehen.

In allen dringenden wichtigen Fragen wenden sich die einzelnen Gemeinde-Bauernräte an den Kreisbauernrat Paderborn, Telephon-Nummer 932; dahin sind auch alle schriftlichen Anfragen zu richten. Der gesamte Schriftverkehr ist nach wie vor als Heeressache zu betrachten, daher portofrei.

Für die einzelnen Punkte wird der Kreisbauernrat demnächst ausführliche Mitteilung ergehen lassen, damit die einzelnen Bauernräte genau unterrichtet sind, welche Mittel und Wege ihnen zur Verfügung stehen, um die möglichst eingehende Durchführung der einzelnen Punkte zu erreichen.

## Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Zu den hierzu gemachten Ausführungen in der Dienstagnummer erläßt das christliche Gewerkschaftskartell folgende Bekanntmachung:

Durch die plötzlich eingetretenen Verhältnisse kann die Demobilisierung des Heeres nicht in der geplanten Weise vor sich gehen, ebenso sind die Voraussetzungen für die Uebergangswirtschaft auf eine andere Grundlage gestellt. Darüber weitere Betrachtungen anzustellen hat keinen Zweck, sondern jetzt heißt es handeln. Die allerwichtigste Aufgabe besteht jetzt darin, das gesamte Wirtschaftsleben in allen seinen Zweigen aufrecht zu erhalten und die Lebensmittelzufuhr in geordneter Weise sicher zu stellen.

Der Vorsitzende der Volksbeauftragten Ebert hat in seinem Aufruf alle Organisationen aufgefordert, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Lebensmittelzufuhr Sorge zu tragen. Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften haben gemeinsame Abmachungen getroffen über die Aufnahme der Arbeit. Damit diese Aufnahme und Fortsetzung der Arbeit keinerlei Störungen erleidet, müssen wir straffe Organisationen haben.

Wir fordern daher alle aus dem Kriegs- und Hilfsdienst entlassenen Kollegen auf, sich unverzüglich an die Leitungen ihrer Verbände und Ortsgruppen zu wenden. Desgleichen haben die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen unverzüglich den Anschluß an die Gewerkschaften zu vollziehen, damit ihnen die Sicherung ihrer Rechte gewährleistet wird. Nur in geschlossener Kraft und mit eiserner Energie können wir die gewaltigen Aufgaben erfüllen; daher darf kein christlich denkender Arbeiter fern bleiben, dasselbe gilt auch von den Arbeiterinnen. Darum frisch und ohne Zögern heran, damit das deutsche Vaterland nicht noch in größeres Elend gestürzt wird.

**Christl. Gewerkschaftskartell Paderborn.**
Geschäftsstelle Imadstr. 20.

— Keine Textilrohstoffnot. Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstücken zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, sodaß die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die ungestörte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das ungestörte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung betraut waren.

## Paderborner Stadtchronik.

### Buß- und Bettag

Hat man ihn dieses Jahr zum letztenmal als gesetzlichen Feiertag begangen? Obschon es an Anlaß, einen ernsten Staatsbettag zu haben, gerade in unseren Tagen nicht fehlt, hat man gerade dieses Jahr schon den Charakter dieses Feiertages stark verwischt. Besonders die Großstadt war dabei „bahnbrechend". Dort machten alle Lustbarkeitsstätten von der Erlaubnis, „Zerstreuung" zu bieten, Gebrauch. Damit wurde das alte Prinzip, den Tag ohne Lustbarkeiten zu begehen, bereits stark durchlöchert. Nun wird man sich leider erinnern können, daß es unserem deutschen Volke schon in goldenen Friedenstagen furchtbar schwer wurde, einen stillen Tag zu feiern. Wer mit den Verhältnissen an den Grenzen Preußens bekannt ist, weiß, daß ein großer Teil der dort wohnenden Preußen am Buß- und Bettag ins „Ausland" nach Hessen, Bayern usw. fuhr, und dort bei Trink- und Tanzgelage „Buße" tat. Es ist heute nicht ganz angebracht, den Unfug in der damaligen Zeit unserem Volke in die Erinnerung zurückzurufen. In Paderborn hat man auch in diesem Jahre den Feiertag ernst begangen. Im Dom wurde wieder ein Bettag abgehalten und die weiten Hallen dieses Gotteshauses waren den ganzen Tag über angefüllt mit einer großen Schar frommer Beter. Dicht gefüllt war der Dom besonders in der Schlußstunde, der durch die Mitwirkung des Domchores auch ganz besondere Anziehungskraft verliehen wurde. Die im einzelnen bereits am Dienstag mitgeteilten Chorwerke wurden in fein abgetönter und tief erbauender Wiedergabe dargeboten. In der Stadt herrschte trotz der verschlammten Straßen ein starker Verkehr. Auch der Heimtransport der Krieger hatte weiter zugenommen.

• 

✣ Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die **Mitglieder des A.- und S.-Rates** nicht nur am linken Arm eine gestempelte Binde tragen, sondern daß sie auch mit einem Ausweis versehen sind. Sollte jemand angeben, im Auftrage des A.- und S.-Rates zu handeln, so ist ihm ein Ausweis abzufordern. Kann ein solcher nicht vorgezeigt werden, ist sofort dem hiesigen A.- und S.-Rat (Tel. Nr. 133) Mitteilung zu machen.

— Aufgehoben wurde für Paderborn das Verbot, abends nach 11 Uhr die Straßen ohne Ausweis zu betreten.

Gründung eines Volksrats. Zur Ausführung der Beschlüsse der am Montag, den 18. im Rathaussaale einberufen gewesenen Bürgerversammlung traten gestern abend 7 Uhr die in jener Versammlung gewählten Bürgervertreter zur Bildung eines Volksrats zusammen. Er zerfällt in eine ganze Reihe von Ausschüssen, die dazu berufen sind, das gesamte bürgerliche Leben zu überwachen. An der Spitze des Volksrats steht ein engerer Vorstand, bestehend aus dem Eisenb.-Oberf. Strüsing als Vorsitzenden, dem Schriftf. Jos. Nier als 2. Vorsitzenden und dem Eisenb.-Dreher Hunoldt als Schriftführer. Dem Vorstande ist ein aus mehreren Personen bestehender Beirat angegliedert. Die zeitlich sehr ausgedehnte Sitzung war erst um 10 Uhr zu Ende. Die nächste Versammlung des Volksrats, der gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldaten-Rat arbeiten wird, ist Freitag nachmittag 4 Uhr.

— Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen dem Rentmeister Küsters — Verwalter der Kreiskasse — zu Paderborn.

— Auf den allgemein zugänglichen Vortrag im Altertumsverein heute abend 8.15 Uhr über „das Kloster Abdinghof und die evangelische Kirche" (mit Lichtbildern) machen wir aufmerksam. (Siehe Anzeige.)

— Wichtig für Empfänger von Heeresbezügen. Es wird daran erinnert, daß die Zahlung der Heeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) für den Monat Dezember bereits am 29. November bei den zuständigen Postanstalten stattfindet. Die pünktliche Abhebung der Bezüge an diesem Tage ist durchaus erforderlich.

Das 2. Landsturm-Bataillon Paderborn, welches die Nr. 7/80 führt, ist am vergangenen Freitag hier zur Auflösung eingerückt und hat Quartier in der Hathumarschule bezogen. Es lag zuletzt in Udine in Oberitalien.

Der Beamten-Verein hielt am Mittwoch abend eine erweiterte Vorstands-Sitzung ab. Unter anderen Angelegenheiten wurde auch die Stellung der Beamten zur gegenwärtigen politischen Lage erörtert und beschlossen, wenn irgend möglich, in der nächsten Zeit eine allgemeine Beamten-Versammlung einzuberufen, in der ein auswärtiger, mit Beamtenfragen vertrauter Redner über das vorerwähnte Thema sprechen wird.

## Von Nah und Fern.

⊙ Bielefeld, 21. Nov. Der hiesige durch Vertreter aller bürgerlichen Parteien beruflichen, wirtschaftlichen und kulturellen Vereinigungen des Stadt- und Landkreises wesentlich vergrößerte und damit auf die breiteste Grundlage gestellte große Volksrat setzte einen 21 gliedrigen Vollzugsausschuß ein, in dem die Sozialdemokratie mit Rücksicht auf die Trägerin der Revolution sich zwar mit 14 Sitzen die Mehrheit vorbehalten hat, im übrigen aber auch außer den Konservativen alle bürgerlichen Parteien — Nationalliberale, Fortschritt, Zentrum, Christlich-Sozial — sowie die Beamtenschaft, die Lehrerschaft und die bürgerliche Frauenbewegung durch je 1 Mitglied vertreten sind.

× Osnabrück, 19. Nov. Einem aus dem Felde zurückkehrenden Feldwebel von hier war dessen Frau und Schwester bis Löhne entgegengefahren. Auf der Rückfahrt haben zwischen den Eheleuten Auseinandersetzungen stattgefunden, in deren Verlauf der Feldwebel seine Frau mit drei Schüssen niederstreckte. Der Täter sprang in Lüstringen aus dem Zuge und hat sich dann selbst noch Schußwunden beigebracht.

+ Sterkrade, 21. Nov. Der Obermaat Hans Röder, der einen Lazarettzug geplündert hatte, ist nach Aburteilung durch den Ausschuß des Sterkrader A.- u. S.-Rats standrechtlich erschossen worden.

= Dortmund, 21. Nov. Der unlängst aus dem Gefängnis ausgebrochene Mörder der Frau Graf ist wieder eingefangen worden. Bei der Verfolgung flüchtete er in ein Haus und zog sich bei dem Sprung aus dem Fenster einen Bruch beider Beine zu. Er wurde ins Krankenhaus geschafft.

× Mülheim (Ruhr), 21. Nov. Hier wurden von dem Standgericht die Soldaten Wilh. Gudrian, Stanislaus Rozanski und Ladislaus Erwardt wegen eines begangenen Raubes zu 8 bezw. 6 Jahren Zuchthaus sowie langjährigen Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt. Wie der Vorsitzende bemerkte, wurde lediglich deshalb von der Todesstrafe Abstand genommen, weil die Angeklagten bisher noch nicht bestraft waren.

)-( Duisburg, 20. Nov. Als auf der Strecke Duisburg-Oberhausen ein Militärzug die Signalbrücke am Schnabenhuck durchfuhr, wurden fünf auf den Waggondächern liegende Soldaten, darunter mehrere Kriegsgefangene, heruntergeschleudert und getötet.

:!: Duisburg, 20. Nov. In Duisburg-Beek wurde die Wirtsfrau Witwe Schroer in der Küche ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Sie lag mit einer schweren Schlagverletzung an der Schläfe in einer großen Blutlache. Allem Anschein nach liegt Raubmord vor.

:: Geldern, 20. Nov. Dem energischen Eingreifen des Soldatenrates ist es zu danken, daß eine Gruppe zuchtloser Soldaten von auswärts, die den hiesigen Bezirk heimsuchte, in Kevelaer aufgebracht und festgenommen werden konnte. In Nieukerk hatte sich die Bande die Gemeindekasse ausliefern lassen unter der Drohung für den Bürgermeister. In Lüllingen wurden die Bauern gebrandschatzt, wobei diese mit erheblichen Geldmitteln herausrücken mußten.

? Kleve, 20. Nov. Hier fanden Tabakverkäufe im großen seitens überreichlich eingedeckter Geschäftsleute statt, teils wurden sie geplant, da der Frieden einen Preissturz der sog. Schmuggelware herbeiführt. Die Behörde und der Arbeiter- und Soldatenrat wollen aber verhüten, daß der Tabak nach auswärts geht und haben daher den Ladengeschäften den Verkauf von Tabak verboten, bis das Bezugscheinverfahren eingeführt wird. Es sollen in der Woche auf den Kopf der Bevölkerung entweder 20—25 Zigaretten oder 7 Zigarren oder ein Fünftel Pfund Tabak fallen.

## Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

### Die Richtlinien des Zentrums.

eb. Berlin 20. Nov. Das Generalsekretariat der Zentrumspartei teilt mit, daß die in der „Köln. Volksztg." am

Mittwoch morgen veröffentlichten Richtlinien für die Zentrumspartei ein unfertiger Entwurf sind, der durch ein Versehen veröffentlicht worden ist. Leitsätze der Zentrumspartei werden gegenwärtig in Berlin ausgearbeitet. Ihre Veröffentlichung steht unmittelbar bevor.

### Ein Munitionszug in die Luft geflogen.

bb. Amsterdam, 21. Nov. Der Telegraaf meldet aus Hamond (Belgien), daß dort ein Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet und daß bei den darauffolgenden Explosionen 800 Menschen ums Leben kamen. Die meisten Opfer sind deutsche Soldaten, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten und Verwundeten. In Budel (Nordbrabant) sind ungefähr 150 Tote und Verwundete eingebracht worden. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe des Munitionszuges mit Feuer spielten und dadurch die Explosion verursachten.

### Ueber eine Million Besatzungstruppen.

TU. Genf, 21. Nov. Der Temps meldet, daß die zusammengestellte Armee der Alliierten für die besetzten Gebiete 1,25 Millionen Mann stark sei. Die französischen und amerikanischen Truppen überwiegten in der Zahl um das Doppelte die englischen Truppen. Luxemburg wird von belgischen Truppen besetzt.

## Viehzählung am 4. Dezember 1918.

Durch Bundesratsbeschlüsse vom 30. Januar und 9. August 1917 ist auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. Aug. 1914 (R.-G.-Bl. S. 327) verordnet worden, daß, am 1. März und 1. September 1917 beginnend, im Deutschen Reiche bis auf weiteres vierteljährlich eine kleine Viehzählung vorzunehmen ist, die sich auf Pferde, ohne Militärpferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner) erstreckt. Durch Verordnung des Bundesrats vom 8. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 387) ist die Zählung auch auf die Verwendungsart der Pferde und die Zahl der Zuchteber und Zuchtsauen, sowie der Kaninchen ausgedehnt.

Im Königreich Preußen werden wie bisher auch die Trut- und Perlhühner gezählt. Ferner werden die unter 3 Monate alten Kälber getrennt in „unter 6 Wochen alte" und in „6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alte" erhoben.

Die Ergebnisse der Viehzählungen dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben.

Ueber die in den Zählbezirkslisten enthaltenen, den Viehbesitz des einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, dagegen nicht zu Steuerzwecken, benutzt werden. Die Benutzung der Zählergebnisse für die Aufbringung der Viehseuchen-Entschädigungen und für Maßnahmen der öffentlichen Bewirtschaftung ist zulässig. Die Ergebnisse der Zählung sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und dürfen ohne höhere Genehmigung dritten Personen nicht mitgeteilt werden.

Das Gelingen der Zählung hängt wesentlich von der Mitwirkung der selbständigen Ortseinwohner bei der Ausfüllung der Listen ab. Es wird daher auf die bereitwillige Mitwirkung der Ortseinwohner gerechnet. Auch werden die Vorstände der viehbesitzenden Haushaltungen ersucht, den Zählern ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen unnütze Gänge oder Arbeiten zu ersparen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrates vom 30. Januar 1917 oder der nach § 2 dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil "für dem Staate verfallen" erklärt werden.

Minden, den 13. November 1918.

**Der Regierungs-Präsident**
v. Campe.

---

✝

**Das dreißigtägige Seelenamt**
für den verstorbenen
Kaufmann
**Ludwig Proppe**
findet Freitag, den 22. Nov., morgens 8¼ Uhr im Dome statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

## Näh- u. Zuschneide-Schule

Gründlicher Unterricht im Zuschneiden und Anfertigen von Damen-, Kinder- und Knaben-Kleidung und Wäsche.

**Frau Linnekugel,**
**Paderborn**, Theodorstraße 25.
Anmeldungen und Eintritt täglich.

---

## Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!

Da für das Frühjahr mit der Möglichkeit eines Kartoffelmangels gerechnet werden muß, ist es Ehrenpflicht für Erzeuger und Verbraucher mit den Beständen unter allen Umständen äußerst sparsam umzugehen und **bei Zeiten** den Verbrauch einzuteilen und bald möglichst zu strecken. Zur Streckung wird angelegentlichst empfohlen:

1. Reichliche Versorgung mit Gemüse: wie Weißkohl, Wurzeln, (Aufbewahrung durch Einmachen oder durch Einmietung) Steckrüben usw.
2. Vorsichtige Lagerung (Einkellerung, Einmierung, Schutz vor Kälte und Fäulnis,
3. Abkochen der Kartoffeln in ungeschältem Zustande, Ersparnis von 1/6 des Gewichtes,
4. Vermeidung des Kartoffelnschleichhandels und der Begünstigung der Kartoffelhamsterei,
5. Unter keinen Umständen Kartoffeln verfüttern.

Strenge Befolgung dieser Maßnahmen werden zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung bis zur neuen Ernte erheblich beitragen.

**Paderborn**, d. 16. November 1918.

**Der Kommunalverband Paderborn.**

---

## Bekanntmachung.

Es kann vorkommen, daß sich Fessel-Ballone losreißen und in benachbarten Gebieten zu Boden kommen. Die Ballone können trotzdem wieder verwendet werden, wenn jede mutwillige Beschädigung verhindert wird. Ueber das Bergen sowie die Ortsangabe der betreffenden Luftsperre-Abteilung erhält die an den Ballonen in einer deutlich sichtbar angebrachten kleinen Tasche befindliche Anweisung das Nähere, die unbedingt vorher gelesen werden muß. Mutwilliges Beschädigen oder Berauben des Ballonstoffes wird streng bestraft; für den Finder der Ballone sind Geldbelohnungen ausgesetzt.

**Paderborn, den 19. April 1917.**

**Der Landrat.**

---

## Bekanntmachung.

Nach den vom Landesfleischamt im Einvernehmen mit dem Herrn Staatskommissar für Volksernährung für die Fleischversorgung in der Zeit vom 1. November bis 31. Januar 1919 erlassenen Bestimmungen darf in der Woche vom 18.—24. November 1918 im ganzen Reichsgebiet kein Fleisch an die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung ausgegeben werden.

Die für diese Woche ausgegebenen Reichsfleischmarken (Abschnitte 1—10 der Fleischkarte vom 18./11. bis 24./11. 1918) werden hierdurch mit Ausnahme nachstehender Sonderfälle zum Bezuge von Fleisch, einschließlich von Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild und von Hühnern für ungültig erklärt.

Die Schwer- und Schwerstarbeiter erhalten in der fleischlosen Woche an Fleisch nur die Zulage von 50 beziehungsweise 100 Gramm.

Die Kranken erhalten in der fleischlosen Woche die bisherigen Fleischmengen. Die von der Krankenzulageprüfungsstelle ausgegebenen Reichsfleischkarten werden nur dann mit Fleisch beliefert, wenn die Karten durch die genannte Stelle abgestempelt sind. Die Abstempelung hat bis spätestens Freitag, den 22. November, bei der Krankenzulageprüfungsstelle zu erfolgen. Die ausgegebenen Sonderfleischmarken für Kranke werden in der fleischlosen Woche auch ohne Abstempelung mit Fleisch beliefert.

Die an Militärurlauber ausgegebenen, von dem Garnisonkommando oder den Gemeindevorstehern abgestempelten Militärurlauber-Fleischkarten werden auch in den fleischlosen Wochen mit Fleisch beliefert und zwar mit 100 Gramm.

Als Ersatz für den Fortfall von Fleisch in der Woche vom 18./11.—24./11. werden auf sämtliche Abschnitte der Reichsfleischkarten für diese Woche, auch der für Kinder, Mehl bei den Bäckern ausgegeben.

Siehe besondere Bekanntmachung betr. Mehl als Fleischersatz.

**Paderborn**, den 19. November 1918.

**Der Kommunal-Verband.**

---

## Bekanntmachung.
## Mehl als Fleischersatz.

Auf Grund der Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 22. Juli 1918 — A. II. 6339/18, des Landesgetreideamts vom 14. Oktober 1918, R. M. 4050 A. 140 — und des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 7. November 1918, VI c 3123, wird für den Kommunalverband Paderborn folgendes angeordnet:

I.

Auf die für die Woche vom 18. November/24. November 1918 bestimmten Abschnitte 1—10 der Reichs-Fleischkarte entfallen

**125 Gramm Mehl**

als Ersatz für Fleisch.

Auf die Kinderkarten wird die Hälfte dieser Mehlmengen bei den Bäckern des Kreises verausgabt.

II.

Die Ausgabe des Mehles auf Fleischkarten erfolgt nur bis zum 27. November 1918. Nach diesem Tage darf Mehl nicht mehr auf Fleischkarten ausgegeben werden.

**Paderborn, den 19. November 1918.**

**Der Kommunal-Verband.**

---

## Große Geld-Lotterie

zu Gunsten des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

**Ziehung am 21., 22. u. 23. November 1918**

**13 337 Gewinne** im Gesamtbetrage von

## 400 000 Mk.

**Hauptgewinne 100000, 50000, 30000, 20000, 10000 M. usw.**

Lose à 3.30 Mk. — Liste und Porto 45 Pfg.

zu haben in der

*Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers*
Bahnhofstraße 13.

---

68. 184

## Die Agentur

des

## Lippspringer Anzeigers

ist zu vergeben. Mit der Agentur ist ein **Nebeneinkommen von ca. 1000 Mark** jährlich verbunden, daß von rühriger Persönlichkeit noch erheblich gesteigert werden kann. Verlangt wird pünktliches Austragen des Anzeigers. Für zuverlässige Leute, auch Kriegerwitwe oder Kriegsbeschädigten dauernde u. lohnende Nebenbeschäftigung.

Meldungen richte man an die Geschäftsstelle des

**Paderborner Anzeigers,**
**Paderborn**, Bahnhofstraße 13.

---



Ideal- und Erika-

## Schreibmaschinen.

Beste deutsche Fabrikate.

Alleinverkauf bei:

## Fritz Ritter,

**Paderborn, Markt 8.**

**Reparaturen, Farbbänder etc.**

---

## Aus dem Felde zurück.

Nehme von heute ab meine

Praxis wieder auf.

**Sprechstunden von 8—10 Uhr.**

***Dr. Wegener,***

**Lippspringe, am Kurpark 10.**

---

## Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunikantenherberge. An der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. und 13. Jahre noch keinen katholischen Gottesdienst gesehen. Alle 200 Kinder der katholischen Unterrichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstedt müssen protestantische Schulen besuchen, in denen sie nicht viel Erfreuliches über ihre Religion hören. Die Gründung einer Kommunikantenherberge mit einer kath. Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht, und es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut der Pfarrkinder zwingt uns zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

*Das röm.-kath. Pfarramt Annaberg i. E.*
Postscheck-Konto 8832 Leipzig.

---

**Hustentropfen**
ganz vorzüglich gegen Husten, Atemnot, Verschleimung etc.

**Magentropfen**
sicher wirkend. — Für Wiederverkäufer hoher Rabatt.
**Althaus**, Versand,
**Heiligenstadt** (Eichsfeld).

---

**Ackerleinen, Fahrleinen,**
**Hanf-Bindfaden,**
sein Papier, sowie sämtliche Seilerwaren bietet an
**H. Balke jun.,**
Seilerwarenfabrik,
**Wolfenbüttel**, Leopoldstr. 1.

---

**Geld** verleiht gegen monatl. Rückzahlung diskret
**H. Blume, Hamburg 5.**

---

**Handleiterwagen**
in 6 verschiedenen Größen an Wiederverkäufer sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis.
**Julius Roos,**
Versandgeschäft.
**Cassel.**

---

**Kesselöfen**
**Rübenschneider**
**Kartoffelquetschen**
empfiehlt
**Kaufmann,**
Eisenhandlung,
**Paderborn**, Westernstr. 20,
Telefon 73.

---

Kaufe jedes Quantum
**Eichen- und Fichtenrinde**
und suche tüchtige Aufkäufer gegen gute Provision.
**H. Alff,**
**Cordel**, Bezirk Trier.

---

**Pappeln, Birken, Erlen**
für Holzschuhfabrikation kauft frei Waggon Lippstadt-Nord
*Johann Kuhlendahl,*
**Essen.**

---

**Geld** gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
**A. Calberavow, Hamburg 5.**

---

## Bekanntmachung.

Die Paderborner Bürgerschaft wird aufgefordert sofort

**Quartiere**

vorzubereiten. — Zulässig sind gute Lagerstätten und heizbare helle Unterkunftsräume. Quartier darf jedoch nur auf Grund eines vom Garnison-Kommando abgestempelten Quartierscheines gewährt werden. Für alle andern gewährten Quartiere wird keine Zahlung geleistet.

**Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat Paderborn.**
**Der Stadtkommandant.**
gez. Rzychon.

---

## Bekanntmachung.
**(Berichtigung.)**

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht Landwirtschaftlicher Kreisverein heißt, sondern **Kriegswirtschaftsstelle und**

**Kreisbauernrat**

(Der Landwirtschaftliche Kreisverein ist Privatunternehmen der Landwirte.)

**Der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat.**

---

## Bekanntmachung.

Nach telegraphischer Verfügung des Kriegsministeriums vom 9. 11. 18, Nr. 5107 11. 18. A. M. dürfen österreich-ungarische Militärpersonen, die vor dem Kriege in Deutschland ansässig waren, nach Ueberschreiten der deutsch-ungarischen Grenze in ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren.

**Münster**, 12. Nov. 1918.
**7. A.-K. stellvertr. Generalkdo.**
Abtlg. IIe Nr. 2909.

---

## Installations-Material

**für elektrische Anlagen.**

*Isolierrohr, Draht, Ausschalter, Fassungen, Taschenlampen, Feuerzeuge, Ersatz-Batterien, Mignon-Lampen, Elemente, Glocken, Beleuchtungskörper, Tisch- u. Zuglampen, Osram- und Halbwattlampen*

für 130 und 220 Volt in allen Kerzenstärken empfiehlt

**Paul Bilz,**
Spezialgeschäft für Elektrotechnik,
Rosenstr. 11 **PADERBORN** Telef. 446.

---

## *Altertumsverein*

Donnerstag, 21. November, abends 8¼ Uhr im Hörsaal II der Akademie

**Vortrag:**

**„Das Kloster Abdinghof und die evangelische Kirche"**

(Lichtbilder) von den Professoren Linnebom und Fuchs.

---

**Hilfsbank Sulzbach i. Oberpf.**
gibt jed. neu aufgenommene Mitglied Darlehen b. 2000 M.

---

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.